

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

168 (20.6.1921) Erstes Blatt

Verlagspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
bezogen monatlich 5.50 M.
in den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 5.10 M.
nachwärts durch unsere
Agenturen bezogen 5.50 M.
monatlich, durch den Verlei-
her frei ins Haus gebracht
monatlich 5.65 M., vierstel-
jährlich 16.95 M.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Verleger:
Dr. Oetzel, Hauptkassier:
Dr. Oetzel, Hauptkassier:
1.40 M., Hanswurst 1.00 M.,
Kleines Blatt 5.— M., an
erster Stelle 5.50 M.,
Abgabe nach Karlsruhe,
Anzeigen-Entnahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (spätestens
bis 4 Uhr nachmittags).
Verlagsredaktion:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 297,
Schriftleitung Nr. 20 u. 88,
Schriftführer Nr. 277.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesetzredaktion und verantwortlich für Politik: Hermann v. Lauer; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Peter, Gerhard; für das Deutschland: Hermann v. Lauer; für die „Pyramide“ Karl Joho; für Inserate: Heinrich Grieger. Druck und Verlag: C. G. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Richard Kähler, Berlin-Lankwitz, Mozartstraße 37. Telefon Zentrum 243. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaften übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Kündigungen erfolgen, wenn vorher beauftragt ist.

118. Jahrg. Nr. 168.

Montag, den 20. Juni 1921

Erstes Blatt.

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Ultimata. — Das Ruhrrevier: Deutschlands Herz. — Einigkeit zwischen Nord und Süd. — Das deutsche Oberschlesien. — Unsere Geldleistungen. — Das neue Deutschland. — 45 Milliarden Einnahmen. — Die Steuern und die Wiedergutmachung. — Der Weg: Arbeit, Verführung, Einigkeit. — Das Ziel: Freiheit und Frieden.

W. Essen, 19. Juni. Reichsfinanzminister Dr. Brüning hielt heute vormittag in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede, in der er u. a. sagte: Ich werde Ihnen aufrichtig und ehrlich, aber auch mutigen Herzens unsere derzeitige Lage schildern. Seit Jahren ist ein Ultimatum erfüllt. Seit Jahren ist dieses Wort, das Gewalt in sich schließt, das Zeichen des Unglücks in Europa, 1914 stand auch am Beginn der neuen Ära, die das Ende des Glückes für Millionen von Menschen bedeutete, jenes unglückliche Ultimatum an Serbien. Es war der Beginn der Verrücktheit der ganzen Weltwirtschaft. Die Völker waren vor dem Krieg ineinander verflochten durch tausendfältige wirtschaftliche Beziehungen, jenen Beziehungen, die die Wohlfahrt der Völker herbeiführt haben. Schauen Sie um sich, im Osten und Westen. Was hat der Krieg herbeigeführt? Millionen Gräber stehen auf den Schlachtfeldern, Jammer und Elend aller Art und jetzt am Ende dieser Epoche dieser 7 Jahre, ist wiederum ein Ultimatum, das ist das Ultimatum von London.

Ich will mit niemandem rechten, der nein gesagt hat. Wir haben das Ja gesagt, und was das Ja bedeutet, das Ihnen auseinanderzusetzen, ist meine Pflicht und Schuldigkeit bei meinem heutigen Besuch in Essen. Ich achte und respektiere die Gefühle derer, die nicht ja gesagt haben. Aber die Gefühlsmacht allein ist nicht das letzte Wort in der Politik. Die Mehrheit unseres Volkes war für das Ja. Die heute durch mich bei Ihnen vertretene Reichsregierung ist eine Regierung der Befähigung, sie eine Regierung der Erfüllung. Das aber die Annahme des Ultimatum eine harte Entscheidung war, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen.

Was können wir erfüllen? Die Aufgabe der Waffen, die Auflösung gewisser Gebiete, das können wir erfüllen. Es mag schmerzhaft sein für den einen oder jenen Patriot in dem Deutschen Reich, für einzelne Länder in Deutschland — denken Sie an Bayern — die Waffen abzuliefern. Ich glaube aber, wir sind so weit, daß wir auch bezüglich Bayerns sagen können und auch von denen, denen es im Innern zuwider war, daß wir bereit sind, den Weg zu gehen, und wir sind ihn Gott sei Dank schon in weitem Maße gegangen. Die Auflösung der Wehr in eine ebenso harte Pflicht. Ich bin aber überzeugt, daß auch diese zweite Forderung in Kürze erfüllt sein wird. Auch die Vergabe der Waffen im Osten war ein unendlich schweres Opfer. Wir haben es gebracht für das Vaterland. Ich weiß, was es heißt, wenn in einem Volk in Zeiten der Not nicht eine wirkliche Einheit geschaffen werden kann, die auch schließlich unter Aufgebot von Macht die Grenzen des Vaterlandes verteidigen kann.

Es ist ein schwerer Gedanke, an der Spitze eines wehrlosen Volkes zu stehen. Gerade hier im Ruhrgebiet, hier im Zentrum der großen schaffenden Stätten, gerade hier wiederholt es: Wir haben das Ja gesprochen, der deutschen Einheit wegen und der deutschen Freiheit wegen. Die deutsche Einheit ist ein hohes Gut. Was haben wir denn aber überhaupt gerettet aus dem ungeheuerlichen Zusammenbruch eines Volkes, eines Staates, einer Wehrmacht, die die Geschichte der ganzen Welt kennt? Die Einheit unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die Freiheit der Arbeit insofern, als wir bei allen Lasten doch die Möglichkeit haben, überhaupt zu schaffen. Denn was wollten wir, wenn die Kohlen, das Brot unserer Industrie, unserer Verfügung entzogen worden wären. Arbeitslosigkeit ohne gleichen in der Folge, die geistliche soziale Freiheit haben wir für alle Volksgenossen durch das Tamort gerettet. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob man heute allerorts einsehen, was es heißt, unter Zwang zu arbeiten. Schauen Sie hinüber nach den Städten, die unter den Sanktionen leiden. Mag auch der Druck da und dort nicht allzu groß sein, in einzelnen Orten ist er schwer. Wir ist eine Stadt genannt worden, wo seit 7 Wochen nicht eine einzelne Schulstunde abgehalten werden konnte wegen des großen Aufmarsches der alliierten militärischen Kräfte. Aus den Stimmen, die an mich kamen, ersehe ich, wie gewaltig die Not wächst unter den wirtschaftlichen Sanktionen. Ich sehe, wie eine Not erbt hätte kommen müssen für das gesamte Ruhrgebiet, für einland und Westfalen, wenn seine Arbeitsstätten unter dem Zwang feindlicher Besatzung das Ultimatum hätten erfüllen müssen, was wir jetzt, wenn wir uns anstrengen, in Freiheit zu erfüllen versuchen werden.

Das Ruhrrevier ist das wirtschaftliche Herz unseres deutschen Vaterlandes, die Kohle und das Eisen, und ich glaube, die Gegner hätten

das ganze deutsche Volk mit einem einzigen Hebel im Ruhrgebiet beeinflussen können. Sollten die Kohlen in der Hand von Chauvinisten nicht ein Rohmittel zur Sprengung der deutschen Einheit werden? Als Süddeutscher freue ich mich, gerade hier in Essen sagen zu können, wir in Süddeutschland denken bei aller Wahrung unserer Eigenart nie und nimmer daran, uns von unseren norddeutschen Brüdern zu trennen. Niemals wird ein Süddeutscher die Hand dazu bieten, das Erbgut einer großen Vergangenheit, die Einheit unseres Vaterlandes, aufs Spiel zu setzen.

Wenn die politischen Wirbel fallen, werde ich, der ich auf meinem Plage heute an bevorzugter verantwortungsvoller Stelle stehe, jederzeit dazu die Hand bieten, die deutschen Stämme und die deutschen Länder einander näher zu bringen und sie zu einem unter voller Wahrung ihrer Eigenart. In der Not wollen wir erst recht sein ein einzig Volk von Brüdern. Ich meine, gerade in Ihrer Mitte muß das Verständnis finden, wenn ich sage, in großen Fragen, in der Führung der Gesamtpolitik muß Einheit sein. In der großen Gehaltung des Wirtschaftslebens, in der Frage des Rechts und der Freiheit der Arbeit, da muß Einheit sein in Deutschland, um dem Gedanken des internationalen Kapitalismus zu wehren. In den großen Gedanken der sozialen Wohlfahrt und des Fortschritts muß Einheit sein in unserem deutschen Vaterlande. In der Ausgestaltung der Gemeinden und Länder, in den Kulturfragen und in den Fragen, wo appelliert wird an das Gewissen eines jeden Einzelnen, da müssen wir den Ländern und Stämmen die Freiheit geben, ohne die sie verkümmern, ebenso eine Freiheit, die größer sein kann, als dies früher der Fall war.

Wir haben das Ultimatum angenommen, um dies möglichste Gut der Freiheit zu retten. Ist uns diese Rettung gelungen? Auch für diese Frage hat die Annahme des Ultimatum eine große und gewaltige Bedeutung. Glaubt denn jemand unter Ihnen, daß wenn die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt hätten, wenn sie vorgezogen hätten bis zum 1. Juli, daß gleichzeitig die Polen sich begnügen hätten nur mit dem Raub, den sie jetzt zur Stunde noch in Händen haben? Oberschlesien und die Annahme des Ultimatum haben einen inneren Zusammenhang insofern, als durch die Annahme des Ultimatum der Weg frei wurde zur nachdrücklichen Betonung unseres Rechts, das auf Bestimmungen des Friedensvertrages beruht. Wollen wir in Europa eine neue Friedensentwicklung, will man in Deutschland eine friedliche Demokratie und eine demokratische Politik, dann muß die ganze Welt in Oberschlesien ein ehrliches und aufrichtiges Spiel mit dem deutschen Volke spielen. (Sehr richtig.) Die Bevölkerung hat abgestimmt: glaubt jemand in Europa, oder jemand in England oder Frankreich, oder den alliierten Mächten, daß sie an diesem Plebiszit vorbeigehen können. Die Wunden würden sich in den europäischen Ländern nie schließen, wenn die Gedanken der Demokratie, der Freiheit und der Selbstbestimmung verliert würden. Ein Brandherd für ein Jahrhundert müßte aus Oberschlesien hervorlodern, wenn das Recht der dortigen Deutschen tödlich verletzt würde. Europa kann eine zweite Katastrophe ohne Zusammenbruch der Kultur nicht mehr überleben. Die politischen Auffassungen haben nicht nur das Recht der Deutschen angegriffen, sie haben die Alliierten selbst angegriffen. Darum rufen wir es hinaus in alle Länder, es würde für die alliierten Mächte ein verhängnisvolles Scheitern sein, wenn sie dem Gedanken des Rechts und des Friedensvertrages nicht rasch und bald endgültig zum Siege verhelfen wollten. Ist das der neue Aufbau Europas, nach dem sich alle Völker sehnen, wenn die kleinen Diktatoren nicht zurückgehen wollen vor den Millionen von Roten, die die Alliierten zur Verfügung haben? Je mehr die Diktatur eines Korrupten sich so groß dort auslebt, je schlechter sich die alliierten Regierungen gebärden, um so besser werden wir den Ruf erheben, daß das deutsche Volk ein Recht darauf hat, sofern es in Erfüllung des Ultimatum arbeitet, ehrlich und anständig behandelt zu werden.

Die brennendste Frage ist für uns die der Reparationen. Wir sollen 2 Milliarden an festen Annuitäten pro Jahr bezahlen. Wir sollen 20 Prozent Ausschlagbezahlen und wir sollen drittens die Belastungsträger tragen. Die letzte Summe ist die unproduktive, sie trägt nicht bei zum Wiederaufbau, sondern schwächt unsere Leistungskraft genau wie die Sanktionen.

Sie sind ein Hemmschuh für den Handel und damit auch für die Leistungen aus dem Friedensvertrage. Wer in Europa Frieden, Ruhe, Wohlfahrt und Aufbau für alle will, der muß dem Gedanken schnell näher treten, die unproduktiven Ausgaben des europäischen Militärismus auf ein Minimum zu reduzieren. Der Ruf geht hinaus an die Arbeiterschaft aller Länder: Sprich überall dafür im demokratischen Geiste, daß das, was Deutschland leistet, nicht zu unnütigen Ausgaben verwendet wird. In diesem Sinne glaube ich auch, daß eine große Arbeiterbewegung aller Länder von Segen für alle sein wird, wenn alle nach ihren Idealen der großen Arbeiterbewegung, nach politischen und kulturellen Anschauungen, wenn sie dem großen Gedanken der Gemeinschaft, im kleinen wie im großen, dienen. Schließen Sie sich zu Verbänden zusammen, wo Sie können, Sie alle, die Sie mit Kopf und Hand arbeiten. Vom ersten Tage an, wo wir die neue Regierung gebildet haben, ist es mein eifriges Bestreben, Männer zu suchen, die den Gedanken der Solidarität, der gemeinsamen Arbeit zu den Alliierten hinübertragen. Ich habe für das Ministerium für den Wiederaufbau einen Mann gefunden, der im Kriege große organisatorische Leistungen vollbracht hat: Herr Dr. Rathenau. Alle, die im Kriege an großen Organisationen gearbeitet haben, alle die brauchen wir, mögen sie eine Parteifarbe haben wie sie wollen. Wir brauchen sie zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes und Europas.

Im neuen Deutschland bedeutet Opposition die Bereitwilligkeit. An dem Tage, wo die Regierung zurücktritt, selbst die Geschäfte zu übernehmen. Wahre Opposition ist nicht jene, die nur meint, daß sie zurückblickt und kritisiert und über sie ihren Hohn ausstößt, die der heutigen Republik dienen. Und ich meine dieser Republik nicht nur mit der Hand, sondern auch mit dem Herzen. Wir sind auf ein trübes Feld berufen worden, Ordnung zu schaffen. Das ist zum Teil geschehen. Wir werden von unseren Fremden die allergrößten Opfer verlangen. Es liegt ein neues Deutschland vor uns. Lassen wir die alten Gewalten. Sie sind in ihrem Glanz verblüht. Die Politik schreitet vorwärts. Schauen Sie das neue Deutschland an und vergleichen Sie es mit dem alten. Was sieht dort in der alten Verfassung? Die Fürsten von Württemberg, Bayern, Baden und Preußen haben sich die Hand zum ewigen Bunde gereicht! Das war der Gedanke des alten Reiches, des Bundes, der damals aufsteigend gekommen ist. Lesen Sie die bescheidenen Anfangsworte der neuen Verfassung, wo es heißt, daß die deutschen Stämme sich eifrig zusammenschließen, um in Freiheit das Reich zu erneuern und dem sozialen Frieden und dem Volkswohl zu dienen. Lesen Sie dort, was dahinter von der Erneuerung des deutschen Vaterlandes: Sie ruft auf dem freien Willen der ganzen Nationen, und Sie lernen die zwei Welten kennen, die voneinander verschieden sind.

Wer dieser Republik dient, muß von seinen Anhängern Opfer verlangen. Sie fragen mich nun: Werden wir die zwei Milliarden Gold aufbringen? In Berlin im Reichsfinanzministerium lag seit drei Tagen die Garantiekommision. Wir machen die Bücher auf, damit sie hineinschauen in unsere Kassen, was wir leisten können und wollen. Werden wir die zwei Milliarden aufbringen? Da ist eine Vorfrage nötig: werden wir den Haushalt in Ordnung bringen? Der Haushalt besteht in dreifacher Art als Haushalt der engeren Verwaltung als Haushalt der Betriebsverwaltung, als Haushalt der Reparationen und Kontributionen. Heute bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Einnahmen des Reiches bereits im letzten Jahre über 45 Milliarden betragen haben (Beifall), eine Rieseneinnahme für ein Volk, das zusammengebrochen war unter dem Druck der ganzen Welt. Es ist keine Demagogie, wenn ich hier in Essen erkläre, daß unter dem gewaltigen Aufkommen der Reichseinnahmen die Lohn- und Gehaltsempfänger an erster Stelle der Leistungen für das Reich stehen, und ich sage zweitens: Möge man schimpfen über manche Erscheinung des Lebens und gewisse Untaten. Das ist die größte politische Tat, die je geschehen ist seit Kriegsende, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger einen Teil ihres verdienten Lohnes durch setzen in Abzug dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben. An die gesamte Beamtenschaft des gesamten Reiches, sofern sie der Finanzverwaltung dienen, habe ich wieder-

holt den Appell gerichtet, ohne Ansehen der Person die Leute, die in Deutschland Geld verdienen, zur Steuer heranzuziehen.

Nur nicht den Kopf hängen lassen! Das Ergebnis war gut, und wenn wir weiter arbeiten, so werden wir das Ziel, das in Weimar gesteckt wurde, nicht nur erreichen, sondern ich bin überzeugt, der innere Staat unseres Vaterlandes wird in den nächsten Jahren mit einem gewissen Plus, mit einem gewissen Ueberschuß abschließen können. Sie müssen Jahreshuntere zurückgehen in der Geschichte unseres Vaterlandes, um sieben Jahrhunderte zurückgehen auf Rudolf von Habsburg, bis Sie auf den gleichen Gedanken kommen, die Zentralverwaltung des Reiches zum Hauptträger der Finanzen des Landes zu machen. Der Gedanke ist geklärt. Das die, die ihn durchgeführt haben, nicht beliebt sind, macht nichts. Der beliebt ist in den deutschen Ländern, der steht am richtigen Platz. Wir werden den inneren Staat vorwärtsbringen. Was wir im Jahre 1920 erreicht wollten, haben wir erreicht.

Jetzt kommt der zweite große Konflikt der Betriebsverwaltungen. Im letzten Jahre haben die Betriebsverwaltungen abgeschlossen mit einem Selbsttrag von 20 Milliarden. Ein Riesenselbsttrag! Ueberlegen Sie sich aber, daß der Staat, Eisenbahn und Post Ueberschuß hätten, wenn sie gleiche Preise gefordert hätten wie die großen Privatbetriebe. Wir müssen versuchen, die großen Betriebe, Post und Eisenbahn, rationell auszugestalten, um von den Betriebsbeträgen herunterzukommen, wobei allerdings eine Vorauszahlung gegeben sein muß. Innerer politische Unruhe können wir nicht brauchen, wenn wir gefunden wollen. Aber das sage ich, wer die Gewalt hat in der freien Volksrepublik, der soll auch sehen, daß eine Staatsgewalt da ist, um den Geist der Ordnung und der Zucht aus unserem Vaterlande hinauszuerufen.

Da sagen einige, der Defizit soll betragene werden, um die Lasten zu tragen. Ich bin der letzte, der den Mut nicht aufbringt, dem Defizit auch die Opfer zuzuwenden, die er bringen kann und die er bringen muß. Ich habe unter schwerem Kampfe erreicht, daß ein Teil des Rotopfers alsbald eingebracht wird. Große Ergebnisse liegen vor. Der Weg kann weiter verfolgt werden. Die Schwäche des Reichsnotopfers liegt nicht in der Abgabe der Vermögen, sondern sie liegt im Stillstand, dem 31. Dezember 1919. Ursprünglich war das Opfer gedacht als ein Opfer der Goldwerte. Da liegt der Gedanke nahe, daß wenn der kleine Rentner von seinem kleinen Vermögen besteuert wird, daß dann auch der Besitzer der Goldwerte in Deutschland nicht unberührt hervorgehen kann. Große Vorarbeiten sind in Vorbereitung. Ich erinnere an die Körperchaftssteuer. Der Gedanke der Erhaltung der Goldwerte muß im Auge behalten werden. Das ist für mich eine politische Notwendigkeit. Ich warne aber davor, uns in zwei Lager zu spalten, die Proletariat und die Besitzer von Goldwerten. Das wäre eine verhängnisvolle Wahltschlacht und ein Unglück für unser Vaterland. Ich bin überzeugt, wenn die deutschen Arbeiter und Beamten wissen, daß alle Kreise unseres Volkes erfasst werden, dann werden sie zu den unumgänglichen Opfer bereit sein. Es darf keine Reparationsgewinnler geben, wie es Kriegs- und Revolutionsgewinnler gegeben hat.

Die zwei Milliarden werden wir aufbringen. Wir schaffen sie in Sachleistungen und durch die Zahlungen durch Devisen. Das erste wird für uns sein die Aufbringung der Mittel für die Abprozentige Ausfuhrabgabe. Die Frage ist für mich, ob wir in der Lage sind, die Produktion mit Raten zu beladen und unseren Export lebensfähig zu erhalten. Wir kommen nicht darum herum, aus der Kohle mehr herauszuholen. Ich mache auf eines aufmerksam. Wir liefern 24 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten. Was schreibt man uns aber auf das Reparationskonto — nicht den Weltmarktpreis, sondern den Inlandspreis. Wir liefern also eine Warenleistung von 9 Milliarden Papiermark. Wir können ein solches Gewicht nicht machen, wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir mehr an Kohle zu leisten haben. Ich weiß nicht, inwiefern wir das von den Feinden uns aufgebürdete Ziel erreichen werden. Aber daß wir es erreichen, wenn wir es wollen, das ist für mich gewiß.

Ich erinnere an das Abkommen von Spa. Wir haben Spa angenommen und Deutschland ist nicht zerbrochen, im Gegenteil, es hat sich wieder gehoben, und es ist meine heilige Pflicht, den Arbeitern, die uns in der schwersten Not geholfen haben, durch Uebersichten uns von der Not zu retten, meinen

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Dank auszusprechen. Gewiß haben sich auch die Schulden des Reiches gehoben. Wir haben heute Verpflichtungen von über 300 Milliarden. Es hat sich aber trotzdem in vielen Fällen, wo Not und Elend war, eine gewisse Erleichterung gezeigt. Allerdings ist der Uebergang zur freien Wirtschaft, zur freien Getreidewirtschaft, unendlich schwer. Ich weiß, daß große Bewegungen kommen können, gerade in den Monaten, wo wir neue Steuern anführen. Aber dann nur nicht durch die Waffen laufen, nicht hinter jeder roten Fahne herlaufen. Auch freilich allein schafft uns kein Glück und keine Wohlfahrt. Demokratische Verständigung, das ist die Art, in welcher wir dem Ziele des Landes und der Freiheit dienen wollen. Von diesem Gedanken befreit, bin ich in Ihre Mitte gekommen.

Ich habe Ihnen in kurzen Strichen unsere ganze Aufgabe klar gelegt. Sie ist riesenhaft. Sie kann, erfordern Sie nicht, 30 Jahre dauern, bis die großen Ratten abgeburdet sind. Sollte es nicht möglich sein, für den Gedanken des Friedens, für den Gedanken der Freiheit durch die Organisationen der Arbeiter, Gewerkschaften und Nischenhaftes zu schaffen? Allerdings die Voraussetzungen gehören dazu: unser Volk zu ernähren, zu kleiden und zu befehlen. Aber auch unsere politischen Voraussetzungen müssen geordnet sein.

Darum geht noch der Ruf an die ganze Welt hinaus: Legt die Haken hinweg, glaubt dem neuen demokratischen Deutschland! Dient aber selbst, die Ihr in Frankreich und England die Macht in Händen habt, dem Gedanken der Freiheit, indem Ihr in Oberschlesien und am deutschen Rhein dem deutschen Volk das alte Recht gewährt! Der Wiederaufbau ist keine Arbeit nur für ein Volk, der Wiederaufbau ist ein Werk der ganzen geistigten Welt. Wir vertrauen darauf, daß nach Trübsal und Arbeit die Welt für den Gedanken des Rechts wieder zu gewinnen sein wird. Gewiß wollen wir dann und wann an den Gräbern unserer gefallenen Brüder denken, aber dann wieder aufstehen. So Gott will, geben wir wieder einmal dem Licht, wieder einmal der Freiheit im demokratischen Deutschland entgegen. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund für die Befreiung der Sanktionen.

Berlin, 19. Juni. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Reichsregierung über die Befreiung der Sanktionen die nachstehende Eingabe gerichtet:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet im Namen seiner zweieinhalb Millionen Mitglieder, insbesondere der im besetzten Gebiet wohnenden, an die Reichsregierung die ernste und eindringliche Bitte, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die schleunigste Befreiung der gegen Wortlaut und Sinn des Friedensvertrages verkehrenden Sanktionsmaßnahmen der Entente zu betreiben. Mit größter Sorge beobachten wir die täglich schärferen Eingriffe, die jetzt schon die unerfreulichen Verhältnisse geschaffen haben. Es häufen sich die Meldungen über bevorstehende oder durchgeführte Kurzarbeit, über Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen etc. Die ohnehin große wirtschaftliche Not der arbeitnehmenden Bevölkerung des besetzten Gebietes wird durch die nach der Annahme des Ultimatus von jedermann als widerrechtlich empfundenen Sanktionsmaßnahmen, zusammen mit den seitlichen Verdrängnissen des deutschen Volkes nahezu unerträglich.

Die Reichsregierung wird durch ihre Organe über die tatsächlichen Verhältnisse so unterrichtet sein, daß wir uns Beweisführung im einzelnen ersparen können. Wir möchten aber nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung ganz besonders auf die vor wenigen Tagen gemachten Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf über die Auswirkungen der Sanktionen auch auf unsere heranwachsende Jugend zu lenken. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist die schleunigste Befreiung ein unbedingt erforderliches.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird mit allen seinen Kräften hinter allen Maßnahmen stehen, die von der Reichsregierung zur Befreiung

der dem Gedanken friedlicher Annäherung der Völker hohnsprechenden Sanktionsmaßnahmen getroffen werden. Wir erwarten, daß jeder nur mögliche Schritt sofort und mit größtem Nachdruck geschieht.

Die weltpolitische Bindung der ober-schlesischen Frage.

Von Dr. Paul Dismal-Berlin.

Es ist nur zu selbstverständlich und zu leicht erklärlich, daß weitestgehend unferes Volkes sich mit ihrem politischen Urteil immer noch nicht richtig auf die nun einmal gegebenen Tatsachen einstellen vermögen. Der Sturz unseres Volkes von der Höhe war zu jäh, er war zu tief. Und doch, wenn wir positive Arbeit leisten und uns nicht vorkäufeln oder vormachen wollen, dann gilt es, daß wir uns heute klar vor Augen stellen, wie wenig wir weltpolitisch noch etwas bedeuten, wie wir heute in der Weltpolitik nur Objekt, keinesfalls aber noch Subjekt sind.

Auch in bezug auf Oberschlesien und die Lösung der ober-schlesischen Frage haben wir das zu tun. Mag es sich hier auch für uns um eine Lebensfrage handeln, mag Oberschlesien ein deutsches Land sein, mag Oberschlesiens Wirtschaft die eigentliche Wertgrundlage nur mit Deutschland aufweisen, so wird das endgültige Schicksal dieses Landes nicht nur ohne uns, sondern nicht einmal als eine ganz besonders uns angehende Angelegenheit geregelt werden. Denn allererstens wird Oberschlesiens Schicksal durch die weltpolitische Gebundenheit unserer Gegner entschieden, und nur von diesem Standpunkt aus werden wir das richtige Urteil dafür bekommen, was es mit dem englisch-amerikanischen Zusammengehen in der ober-schlesischen Frage für uns auf sich hat. Nur so werden wir vor einem wenig angebrachten Optimismus und vor einer Ueberhöhung der Dinge bewahrt werden.

Gewiß ist es richtig, daß Lloyd George mit unverkennbarer Deutlichkeit Frankreich gemeint hat, als er davon sprach, daß es schiene, als ob auf dem europäischen Kontinent die alten Feindschaften wieder aufleben sollten. Doch das berechtigt uns noch nicht zu irgendwelchen besonderen Hoffnungen, da der Weg zu einem vollen Bruche zwischen den Ententegegnern noch sehr weit sein wird. So wenig erwidert es England sein kann, daß Frankreich auf dem europäischen Festland die Führungsrolle an sich zu reißen versteht — England ist heute in seiner Handlungs-freiheit beschränkter als früher; es vermag seinen alten Grundgedanken, die es immer zum Gegner der führenden Festlandsmacht werden ließen, nicht mit der bisher geübten Rücksichtslosigkeit zu folgen. Denn die weltpolitische Konstellation, die durch den Weltkrieg heraufgeführt worden ist, hat für England zwar den Erfolg gehabt, daß der deutsche Wettbewerber aus dem Felde geschlagen ist und am Boden liegt, aber in dem amerikanischen Vetter ist dafür ein Nebenbuhler sowohl in weltpolitischer wie weltwirtschaftlicher Hinsicht entstanden, wie ihn England bisher noch nicht zu fürchten hatte. Will England diesen Gegner in Schach halten, dann muß die Londoner Politik versuchen, ihn in politischer Hinsicht zu isolieren, er darf nicht noch Freunde und Bundesgenossen finden. Wie Japan durch seine natürliche Gegner-schaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf englischer Seite gehalten wird, so muß auch Frankreich seine Interessen am besten dadurch gewahrt finden, daß es auf englischer Seite bleibt. Es mag darum den englischen Stolz tief verletzen, wenn die französische Politik jetzt dem Ende des Weltkrieges sich in Europa so anmaßend benimmt, und es mag so manchem Engländer deshalb die Galle überlaufen, ist es doch der amerikanischen Gefahr gegenüber das kleinere Übel. Denn unverträglich für England würde es sein, wenn Frankreich in die Arme Amerikas getrieben würde und so die Vereinigten Staaten zu ihrer gewaltigen Macht noch einen Bundesgenossen erwerben könnten, der in jedem Augenblick vom nordatlantischen Festland her auf Wunsch und Befehl der Washingtoner Regierung das englische Inselreich zu bedrohen vermöchte. Mag es daher auch im englischen Interesse sein, daß Deutschland nicht alle Lust zum Leben abge-

schnitten wird, damit es ein Absatzgebiet für englische Waren bleiben kann, mag auch die französische Prestige- und Machtpolitik Englands Stolz verletzen, und mag aus diesen Gründen die englische Politik in der ober-schlesischen Frage eine Stellung einnehmen wollen, die unsern Rechten günstig ist, sie wird es nicht können, wenigstens nicht in dem Maße, wie es für uns wünschenswert wäre. Denn mehr als Oberschlesien muß England das Weltreich und seine Sicherung gelten. Darum werden alle Worte eines Lloyd George und anderer englischer Staatsmänner, mit denen sie sich hinsichtlich Oberschlesiens für den deutschen Standpunkt einlegen, Worte bleiben, zum mindesten werden sie weit hinter den Tatsachen zurückbleiben. Da England nicht rücksichtslos gegen Frankreich vorgehen kann, wird es ihm allenfalls gelingen, vom französischen Standpunkt etwas abzuhandeln. Dem englischen Volke und der Welt ist dann der Beweis erbracht, daß Frankreich doch in der Welt nicht tun kann, was es will; die englische Ehre und das englische Ansehen sind gerettet, nur wir werden die Kosten zu tragen haben.

Nicht viel anders steht es mit der augenblicklich eingetretenen Entspannung der Lage zwischen England und Amerika, wie sie in der Dastung der amerikanischen Regierung in der ober-schlesischen Frage deutlich zutage getreten ist. Die englandsfreundliche Haltung Amerikas hat keine besonderen Gründe, und zwar sind diese darin zu suchen, daß wir in den Tagen der Erneuerungstage des englisch-japanischen Bündnisses leben. Man weiß in Washington, gegen wen sich das englisch-japanische Bündnis richtet, und so liegt Amerika sehr viel daran, gerade jetzt die Gemeinsamkeit des Angliensentums zu betonen. Dazu bedarf Amerika der englischen Unterstützung, wenn es an die Lösung der Vorklage gehen will. — Kurz es liegt im amerikanischen Interesse, sich England gegenwärtig auf das nächste zu empfehlen und von seiner Seite aus alles aus dem Wege zu räumen, was noch Gegenstand ausbleibt. Aber darüber müssen wir uns klar sein, daß Oberschlesien für Amerika eine höchst gleichgültige Angelegenheit ist. Es ergab sich hier nur eine glänzliche Möglichkeit, England einen Dienst zu erweisen. Mit unserem Recht und unseren Interessen hat es nichts zu tun, und ein weiteres Eintreten Amerikas für eine Regelung der ober-schlesischen Frage in unserem Sinne wird ganz davon abhängen, inwieweit es eine solche durch seine englandsfreundliche Politik für gegeben und notwendig erachtet. Da also infolge dessen England in bezug auf Oberschlesien immer erst den ersten Schritt tun muß, ehe ihm dann Amerika folgen kann, und da England, wie oben erwähnt, nicht viel tun kann, so wird für uns noch um so weniger von Amerika zu hoffen sein.

Wir sind in der traurigen Lage, selbst zu alledem nichts tun zu können, sondern wir müssen hinhimmeln, was die Feinde in ihrem Interesse aus deutschem Recht und aus deutschen Banden machen. Aber fühlen wollen wir es als Schmach und als ein nationales Unglück, um ein durch die Not geläutertes Geschlecht heranzuwachsen zu lassen, das dem deutschen Namen doch wieder Ehre in der Welt verschafft.

Die Pariser Beschlüsse.

I. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gerichtet:

Die ersten Ergebnisse der Pariser Konferenz liegen vor. Es bestätigt sich, daß das kleinasiatische Problem den ersten Punkt der Verhandlungen gebildet hat. Zwar ist der übliche Beschluß gefaßt worden, der in einer an die interessierten Mächte abgehenden Note zum Ausdruck kommt, aber man kann trotzdem nicht sagen, daß dadurch das Problem seiner Lösung einen Schritt näher gebracht worden wäre. Diesmal wird Griechenland aufgeführt, beides ist zu sein, d. h. das gegebene Wort der Alliierten als nicht gegeben zu betrachten, sondern Smyrna zu räumen. Das richtet sich gegen König Konstantin, der, wie dieses Ergebnis der Konferenz zeigt, nicht über die gleichen guten Beziehungen zu Paris verfügt wie sein Konkurrent Venizelos. Im übrigen denkt man für den Fall, daß Griechenland und die Türkei, was nicht anzunehmen ist, den Parti-

ser Besiegungen der Alliierten nicht folgen werden, wieder einmal eine neutrale Zone einzurichten. Das tut die Entente immer, wenn sie nicht ein noch aus weiß: Danzig, Litauen, Oberschlesien, Kleinasien! In allen diesen Fällen wird die mächtigere Part über die interalliierten Anzwe-länglichkeiten hinwegzweifen.

In zweiter Linie ist das ober-schlesische Problem behandelt worden. Auch hier ist nur ein Beschluß gefaßt worden. Man vernimmt das alte Lied, die Oberkommissare der Mächte werden ersucht, Vorschläge zur Lösung einzureichen. „Sollte das nicht gelingen“, so beschloß die Konferenz, „so wird den Oberkommissaren eine Anzahl Sachverständiger beigegeben werden. Auf jeden Fall soll eine zufriedenstellende Lösung so schnell wie möglich gefunden werden“, d. h. also, ein neuer Beweis der alliierten Verlegenheit und eine neue Verzögerung für Deutschland. Die weiteren Beschlüsse der Konferenz, bei der deutschen Regierung, wie bei der polnischen, zu intervenieren, um die Beschlüsse der interalliierten Kommission in Doppel zu unterziehen“, können nicht mehr ernst genommen werden. Der deutsche Selbsthohn hat in aufopferungsvoller Selbstverleugnung einen großen Teil seiner Vinten geräumt und sich in Reservestellungen zurückgezogen. Die polnischen Jurisprudenz denken nicht an Rückzug, sondern erheben sich nach wie vor noch der französischen Hilfe. Wenn hier die Entente nicht bald von Entschlossen zu Taten übergeht, wird es soweit kommen, daß, wie General Hoerster im Zwölferausdruck veräußerte, der Selbsthohn zu eigenen Handlungen überleitet.

Die Danziger Frage.

W. Genf, 19. Juni. Der Völkerbundsrat, der am Samstag eine Sitzung abhielt, setzte die Besprechungen der Danziger Frage fort.

Artikel 39 des am 8. November 1920 zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen getroffenen Abkommens bestimmt, daß alle Streitigkeiten, die bei der Ausführung des Vertrages über die beiderseitigen Beziehungen oder in militärischen Angelegenheiten entstehen, dem Kommissar unterbreitet werden müssen, der darüber zu entscheiden hat. Wenn dieser es für nötig erachtet, kann er die Angelegenheit an den Völkerbundsrat weiterleiten. Den beiden Parteien selbst steht es frei, sich an den Völkerbundsrat zu wenden. Der Oberkommissar des Völkerbundes, General Hatting, verlangt, daß der polnische und Danziger Regierung eine Frist gesetzt werde, innerhalb welcher sie den Völkerbundsrat anrufen können. Die Mitglieder des Völkerbundsrates und die Vertreter der beiden interessierten Parteien erklärten einstimmig die Notwendigkeit an, die Bestimmungen des Artikels 39 in diesem Punkte genauer auszuführen. Der Völkerbundsrat wird später die Berufungsfrist festsetzen.

Der Völkerbundsrat hatte am 17. August 1920 beschlossen die Verfassung der Freien Stadt unter seinen Schutz zu nehmen. Er hatte aber gleichzeitig einige Abänderungen im Verfassungstext verlangt. Diese Abänderungen wurden vorgenommen, können aber erst in Kraft treten, wenn sie vom Völkerbund genehmigt sind. Der Völkerbund beschloß, diese Genehmigung zu erteilen, unter Vorbehalt der Verfassungsbestimmungen über den Senat. Der Präsident des Senats und sieben weitere Senatoren werden auf 12 Jahre gewählt. Sie sind gesetzlich verpflichtet, zu demissionieren, sobald die Volkserhebung ihre Politik nicht billigt. Der Völkerbundsrat behandelte diese Frage am Sonnabend von neuem. Er zog an den Beratungen außer General Hatting Professor Klotzka, den Direktor der Sekretariatsabteilung für Transit und Verkehr hinzu, der von Hatting Oberkommissar von Danzig war und als solcher die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf den Wahlmodus der Senatoren der Stadt Danzig gelenkt hatte. Der Völkerbundsrat sprach die Ansicht aus, die Verfassung Danzigs bedürfe in diesem Punkte eine Abänderung. Es sei durchaus nötig, die Amtsdauer der Senatoren zu verkürzen. Ferner soll der Volkserhebung die Möglichkeit gegeben werden, bei den Erneuerungswahlen ihre Ansicht über die vom Senat geforderte Politik auszu-

Künstlerfest.

Der seit den Revolutionstagen unter den Studierenden der zur Landesuniversität vereinigten Akademie und Kunstgewerbeschule zuweilen recht absurd gärende Mord hat sich nun zunächst mal in einem Künstlerfest zu wirklich köstlichem Wein geklärt. Die Jugend ging diesmal ohne jedes Gängelband und hat sich dergestalt als sehr tapfer und feigere erwiesen. Das Ausschaltungs-stellchen erstreckte sich nicht nur auf die Ideen, sondern auch auf die wertliche Ausführung vom ersten bis zum letzten Hammerschlag. Wörtlich zu lesen. Bei den heutigen Wöhnen und Materialpreisen und der gleichzeitigen pelamären Verdäugnis des werdenden Künstlers hat sich jeder Studierende, Mannlein und Fräulein, nicht nur mit der Pinsel- und der Modellierhand eingeheft, sondern alle, aber auch alle Arbeiten bis zur eich-tigen Forderung, praktisch und gewandt zu-geliefert, selber ausgeführt. Das ist mit das Schöne an diesem ersten Künstlerfest nach dem Krieg und gibt ein artiges Gleichnis und Vor-bild für die neue Zeit. Die schlichte Eingabe und der heilige Eifer war an jedem Mitwirkenden bezeugend zu erkennen. Aus allem Schaf-fen blühte die Jugendbegeisterung und der schöne Idealismus, wie er eben im Künstlerleben am schärfsten zur Ausprägung kommt. Auch dort, wo es nur feste feiert. Es sei jedoch nicht ver-gessen hinzuzufügen, daß die Künstler durch bewährte Freunde aus der Geschäftswelt in der ver-lustigsten notwendigen Materie in rühmender Weise Unterstützung unterstutzt wurden. In dieser Hinsicht sind zu nennen die Brauerei Mo-ninger, die ins Reich schlagenden Geschäfte Bloth, Fischer, Erhardt, Tischbender, ferner, wie stets, mit offener Künstlerfreundschaftshand, die Fir-men Fruchs, Schöne, Beumer u. a.

Als ich mit dem Maler Palmagones im bunten Gewoge der malerischen Reiner auf das Fest-

feuer des Zigeunerlagers, das sich unter dem Bräutigam des herrlichen Stubiengartens aufgetan hatte, zuhritt, meinte er, da kann man doch das schönste Feuilleton darüber schreiben! Man braucht das nicht; man hätte nur den ganzen Ablauf der Abende zu beschreiben, denn re-lis alles war mit erlebnissem Geismad und heile-ter Künstlerlaune gerichtet worden. Die geliche Durchdringung hob das Wohlwollensgefühl über den Rahmen platten Vergnügens hinaus und hat sich schon damit, außer dem letzten Zweck, trotz der Härte der Tage und der Dürftigkeit der Zu-kunft Dankschuld verdient. Es ist nur zu wünschen, daß die Krankenkasse mit einem namhaften Kapital herauskommt und neben dem ungewöhnlich immeren Lohn des äußeren tätigkeit wird.

Den Kernpunkt der „Nächte in Sevilla“ bilde-ten die Stierkämpfe. Ein köstlicher, aus allen zahllosen uligen Einzelheiten sprühender Humor machte die Parodie zu einem Zauber voll ent-zündender Ausgelassenheit. Und bei aller Trave-tie und totem Mummenschanz: es war auch ernsthaft sehr hübsch, als unter den Garmen-längen der Harmoniekapelle der seltsame Troch einer Stierkämpferschiffchen Blumenüberschüttet in die prächtig geordnete Arena unter den alten Näm-nen im Hellereckel der ehrwürdigen Akademie ein-zog. Das gilt für die schlankstraffen, in zünft-igen Kostümen stehenden Matadore aller Grade bis zum uligen Büffel. Von den Stie-ren und den Pferden ganz zu schweigen. Da ver-sagt das Wort. Ein hübsches Kanonett ging jeweils den blutigen und doch anblutigen Kämpfern voran. Wie im Leben selbst schloß sich in dieser Welt menschlicher Leidenschaft die Tra-gödie an. Ein eifersüchtiger Espada erschlug den glücklicheren Nebenbuhler, der dann durch den ganzen Garten verfolgt wurde, um in erschüt-ternder Realität beim Zigeunerlager, nicht ohne Gerüst, Demersnachheit und geistigen Bei-

stand, an dem schönsten Baum des Gartens ge-hängt zu werden. Die befreiende Spannung und nervöse Erregung wurde glücklicherweise etwas gebillt, als der Espada Grimm in die bang zitternden Augenblicke rief: „Der Gehetzte wird aweds photographischer Aufnahme gebeten, noch einen Augenblick zurückkommen!“ Neben dem aufregenden Stierkämpfen gab es, wie schon gestern berichtet, Kafees, Tombola, Tanz und allerlei sonstige Kurzweil, von der das Kabarett-besondere Erwähnung verdient. Weil man nur die Sache wollte, war kein namenkliches Pro-gramm aufgestellt. So entwickelte sich eine er-götzliche Folge von Beiträgen aller Art durch an-onyme und doch richtige Künstler des Wortes, der Reize, der Weine nm, heiter, amütig und künst-lerisch selbstverständlich ab.

Theater und Musik.

„Der Rangierbahnhof.“ Unser Berliner Schauspielreferent schreibt: Alle Geschwüre eines bestimmten Zeitalters entstehen aus ewigen Krankheitskeimen der Menschheit. Die große Satire nimmt zeitliche Erlebnisse aufs Korn, aber sie überdauert sie, weil sie aus dem Allge-mein-Menschlichen verständlich bleibt. Das Schloberium ist gewiß ein zeitlich-altes Kennzeichen der Kriegs- und Nachkriegszeit, doch nur in seiner ungeheuren Verallgemeinerung, während die Erfindung zurückweist in die älteste geschichtliche Zeit und bis zu den Anfängen unserer Wirtschaftsbildung. Der Krieg hat die

Menschen weder besser, noch schlechter gemacht, er hat bloß Masken abgerissen. Ohne Zweifel: die große Schieberkomödie wartet auf den großen Lustspielmacher, auf den bitteren Nader, dessen Humor blutiges Gerüst hält. Hans Müller-Schöllers hat bereits mit dem Schie-berlustspiel „Der Rangierbahnhof“ auf-gesührt im Städtischen Schloßtheater eine zwei-fache Entzweiung. Des lustigen Rheinländer vor Jahren geliefertes (auch in Karlsruhe auf-gesührtes) Gesellschafts-drama „Schneider Wibel“, war von besserem Schmitt als diese alte Post, die nun das freigelegene Mitglied der Justiz aus abgefallenen Kappen baute; und von dem blauen Anreiz des Zwickels fiel für das Zwickel-stück nur der Schwankamer einer Anekdote ab. Ein altes Benedictus-Füllstückspiel mit unserer Gegenwart als Hintergrund! Gerade dieser Prospekt macht unzufrieden mit der ver-brachten Schablone. Müller-Schöllers wählte von ungeheuren Reizen der Korruption das Personal einer Festschiffkation. Vom Sta-tionschef bis zum letzten Weichenschieber sind sie Teilhaber am unläuteren Geschäft. Man denkt an die faule Gemeinde in Gogols „Revisor“, und richtig führt auch hier ein revidierender Minister als Walfisch des Herrings Frieden-Prall von Lebensfülle ist des Russen Anlage-stückspiel, Marionetten drehen sich in Müller-Schöllers Theaterstück, das eigentlich nur einen einzigen Witz hat: statt eines erbeuteten Güter-wagens wird der Schlafwagen des Ministers von einem Passagierwandler aufs tote Gleich-geschieden. Was ist denn neu an dem neuen Stück? Der Mechanismus. Der des Drama-tikers? Nein, der des Ingenieurs, beziehungs-weise des Regisseurs. Das „naturalistische“ Feilen, Fauchen, Rattern der Lokomotive, die ganze Symphonie der Bahnhof-Geräusche: das war die Novität, das der Erfolg. Eine be-schreibende Dichterei! Hermann Krenl.

